

Frauentagsveranstaltung DGB – Kreis Pinneberg 11.3.2016
Rede von Bettina Jürgensen

Thema: Frauenrechte und Asylrecht sind Menschenrechte – und nicht weniger

**Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
liebe Anwesende,**

seit nunmehr 105 Jahren gibt es zum Internationalen Frauentag Aktionen in der ganzen Welt. An diesem Tag und drumherum wird für die Rechte der Frau gekämpft. Und es wird gefeiert: manchmal sind es nur klitzekleine Erfolge, die uns dem gleichberechtigten Leben näher bringen. Aber auch diese sollen gefeiert werden.

Einiges hat also bereits Einzug in die Gesetzgebung und auch in das gesellschaftliche Leben gehalten.

In der mir zur Verfügung stehenden halben Stunde werde ich

- einen Zeitraffer-Blick auf die Geschichte des Frauentags geben
- der Weg ins 21. Jahrhundert kurz aufzeigen
- Frauen, Geflüchtete, sexuelle Gewalt und dem Rassismus etwas entgegensetzen

Zur Geschichte des Frauentags

Mut brauchen alle Menschen, die sich für Veränderungen einsetzen, zu jeder Zeit, in der sie aktiv sind.

Mut brauchen insbesondere Frauen, die gegen Regierungen und dabei oft gegen ihre eigenen Männer und Kollegen, Verbesserungen ihrer Lage anstrebten.

Einige Beispiele:

- Während der Pariser Kommune 1871 entstand die erste feministische Massenorganisation. Die Frauen der Commune waren erfolgreich mit auf den Barrikaden, in dieser kurzen Zeit gab es erstmals das Recht auf Arbeit und gleichen Lohn für Männer und Frauen.
- Künstlerinnen vergangener Jahrhunderte, wie Bettina von Arnim und Clara Schumann, schwammen gegen den Strom, denn öffentliches Auftreten war bisher nur Männern vorbehalten
- Erinnern wir uns an die Arbeiterinnen in der Industrie, die Ende des 19. Jahrhunderts für kürzere Arbeitszeiten, bessere Arbeitsbedingungen und Gesundheitsschutz streikten.
- Nicht nur in Europa waren Frauen aktiv, auch in Amerika und anderen Ländern gab es Bewegungen für mehr Frauenrechte.
- Und dann sind da noch die Frauen vom Beginn des 20. Jahrhunderts, die bis heute in gewerkschaftlichen, in sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Organisationen hohes Ansehen genießen, weil sie sich für Frauen- und Menschenrechte einsetzten: Käthe Duncker, Clara Zetkin, Bertha von Suttner, Rosa Luxemburg und viele andere Frauen waren damals aktiv.

Die Internationale Sozialistische Frauenkonferenz 1910 fand in Kopenhagen mit ca. 100 Frauen aus 17 Ländern statt. Auf Antrag von Clara Zetkin und Käthe Duncker wurde dort der Internationale Frauentag als Kampftag für die Rechte der Frauen in aller Welt beschlossen.

Erstmalig gab es danach im März 1911 in verschiedenen Ländern Aktionen zu einem Internationaler Frauentag.

Eine von Ausbeutung, Kriegsbedrohung und Kriegen freie Gesellschaft wurde gefordert. In dieser sollen, so die Forderung, Frauen wirtschaftlich und psychisch vom Mann unabhängig und selbstbestimmt leben, die gemeinsamen gesellschaftlichen Angelegenheiten gleichberechtigt mitbestimmen und entscheiden können. Ziel der kämpfenden Frauen waren außerdem der Achtstundentag, der Mutterschutz, der Mindestlohn und gleicher Lohn für gleiche Arbeitsleistung. Durch einen Internationalen Frauentag sollte darauf hingewiesen werden, dass für diese Forderungen weltweit gekämpft wird.

Die Einführung eines Frauentages wurde jedoch nicht von allen begrüßt – was nicht erstaunt. Doch selbst in linken und sozialistischen Organisationen wurden damals „Frauenrechtelei“ und „Extrawürste“ von den Männern nicht gern gesehen, sie fürchteten bei manchen Forderungen „Reformistisches“ und auch an ihrem Status veränderndes.

Das hat sich ja teilweise bis heute erhalten - auch wir Frauen heute kennen viele so „ganz nebenbei“ gemachte Anmerkungen in diese Richtung, wenn wir Forderungen stellen oder Aktionsvorschläge unterbreiten, die nicht in vermeintlich bewährten Schuhen daherkommen. Die Frauen von 1910 ließen sich davon nicht aufhalten und setzten ihr Vorhaben um. Zunächst fand der Internationale Frauentag am 25. März jeden Jahres statt, seit 1921 am 8. März.

Der Weg ins 21. Jahrhundert

Wie zu Beginn der Geschichte des Internationalen Frauentags ist die Entwicklung einer Friedens- und Antikriegsbewegung, an der Frauen immer maßgeblich beteiligt waren, auch heute noch und wieder ein lebenswichtiges Thema.

Es standen jedoch nicht nur der Kampf um Frieden, um Brot und menschenwürdiges Wohnen in den 20er Jahren auf der Tagesordnung. Die Selbstbestimmung über den Körper, die Forderung nach der Abschaffung des Paragraphen 218, war damals hochaktuell. Für an diesem Thema Interessierte empfehle ich den 1929 – auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise – erschienenen Roman „Cyankali“ von Friedrich Wolf.

Die Forderungen des ersten Internationalen Frauentags wurden bis heute nur teilweise erfüllt, manchmal hat es Jahrzehnte gedauert – denken wir nur an den Mindestlohn.

Karl Marx und Friedrich Engels haben „den Grad der weiblichen Emanzipation als das natürliche Maß für die allgemeine Emanzipation des Menschen erklärt.“ Sehen wir uns die Kämpfe, die Erfolge, Niederlagen und Rückschläge im Kampf um Gleichberechtigung der Frau an, sind wir von einer echten Emanzipation, sowohl der Menschen und erst recht der Frauen, noch weit entfernt.

Clara Zetkin, eine vehemente Kämpferin für das Frauenwahlrecht, sagte damals:“ Die Länder, in denen das angeblich allgemeine, freie und direkte Wahlrecht existiert, zeigen uns, wie gering der Wert desselben ist. Das Stimmrecht ohne ökonomische Freiheit ist nicht mehr und nicht weniger Wert als ein Wechsel, der keinen Kurs hat.“

Und doch war der Kampf ums Wahlrecht ein wichtiger Punkt für Frauen in Deutschland, um überhaupt die Möglichkeit einer Mitentscheidung über die Entwicklungen zu erhalten. Es wurde dann 1918 mit der Novemberrevolution durchgesetzt.

Doch die fehlenden Frauenrechte in anderen Bereichen legt offen, dass Zetkin recht hatte und die vollständige Befreiung der Frau, nicht allein vom Wahlrecht abhängt. August Bebel schrieb in „Die Frau und der Sozialismus“: „Eine volle und ganze Lösung der Frauenfrage – worunter ich verstehe, dass sie dem Manne gegenüber nicht nur von Gesetz wegen gleichgestellt, sondern auch ökonomisch frei und unabhängig von ihm und in geistiger Ausbildung möglichst ebenbürtig sei – ist unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen und politischen Einrichtungen ebenso unmöglich, wie die Lösung der Arbeiterfrage.“

Ich ergänze: selbst wenn die „Lösung der Arbeiterfrage“ vorangeschritten ist, wird die Gleichberechtigung der Frau nicht automatisch gelöst werden. Wir wissen dass selbst unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen Frauen weiter um ihre Rechte kämpfen müssen.

Und so ist auch die gesetzliche Verankerung der Gleichstellung der Frau im Grundgesetz der BRD nur ein kleiner Schritt in Richtung allgemeiner Gleichberechtigung. Gesetze allein verändern noch nicht viel, sie müssen auch gesellschaftlich umgesetzt werden. Die Auseinandersetzung für das Ziel einer Gleichberechtigung ist tägliche Realität.

Aber es wurde einiges erreicht.

- Erinnern wir uns an die Kampagnen für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren Körper, dem Recht auf Abtreibung und gegen den § 218 in den 70er Jahren.
- Erinnern wir uns, dass z.B. Ausbildungs- und Arbeitsplätze nicht mehr geschlechtsspezifisch nur männlich ausgeschrieben werden dürfen.
- Denken wir an die Kämpfe der Frauen in den Betrieben, um ihr Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit durchzusetzen, an die für den Erhalt der Arbeitsplätze besetzten oder bestreikten Betriebe. Stellvertretend für viele nenne ich die „Heinze-Frauen“, die 1981 vor dem Bundesarbeitsgericht die gleiche Bezahlung wie ihre männlichen Kollegen erstritten. Der Kampf um Arbeitsplätze im Handel (Stichwort Schlecker-Frauen), im Gesundheitswesen – in diesen Branchen sind es vor allen Dingen Frauen, die betroffen sind und sich wehren.
- Aktuelles Beispiel sind die Streiks der Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten im vergangenen Jahr. 2015 ist das Jahr mit den meisten Streiktagen seit Bestehen dieser Republik - von diesen Streikenden sind eine große Zahl Frauen, die für eine Aufwertung ihrer Arbeit kämpften.

Es gab vor 30 Jahren Aktionen gegen eine Aufnahme der Frauen in die Bundeswehr. Auch diese waren zunächst erfolgreich. Erste Entwürfe dieses Gesetzes Ende der 1970er/Anfang 80er Jahre wurden nicht beschlossen. Die Frauen in den Friedensbewegungen waren in diesen Jahren nicht zu übersehen. Damals wurde versucht den „Dienst an der Waffe“, ich sage das lernen zu töten, als emanzipatorischen Akt zu vermitteln. Krieg und Töten hat meiner Überzeugung nach jedoch weder etwas mit Emanzipation der Menschen, noch mit Gleichberechtigung der Frau zu tun.

Allein dieser kleine Auszug von Aktivitäten und Aktionen zu Frauenfragen macht sichtbar, welchen Anteil an der politischen Entwicklung einer Gesellschaft das weibliche Geschlecht nehmen kann. Eine wichtige Erfahrung:

Es waren immer große Bündnisse und Initiativen von Frauen, es waren Frauenorganisationen die den maßgeblichen Anteil an diesen Bewegungen hatte. Aber es waren auch in jedem Fall Gewerkschaftsfrauen und die Frauen aus verschiedenen Parteien, die sich zu bestimmten Fragen im Interesse zur Durchsetzung ihrer Forderungen zusammentaten.

Häufig haben wir auch Widerstand erfahren, die berühmten „in den Weg gelegten Steine“ mussten weggeräumt werden. Dabei wurden/werden wir oft an die Aussage von Clara Zetkin erinnert: "Kratzt Du am Kommunisten, kommt der Spießher zum Vorschein." Das galt und gilt sicher nicht nur für Kommunisten, sondern ebenfalls für Sozialdemokraten, Gewerkschafter und andere, bei denen wir erst eigentlich fortschrittliches Denken erwarten.

Heute steigt, trotz hoher Arbeitslosigkeit, die Frauenerwerbsquote weiter. Trotzdem verfügt die Mehrheit des weiblichen Teils der Arbeiterklasse über kein eigenes existenzsicherndes Einkommen: Teilzeitarbeit unterschiedlichster Form, ein besonders hoher Anteil am Niedrig- und Niedrigstlohnsektor, charakterisiert die Erwerbstätigkeit der meisten Frauen. Frauenlöhne sind in der Regel niedriger als Männerlöhne. Und obwohl seit Jahren bekannt, fällt die Bezahlung der Frauen auch heute immer noch um rund 22 % geringer aus. Der DGB-Vorsitzende Peter Brandt hat vorhin in seiner Begrüßung ja bereits auf den Equal Pay Day hingewiesen.

Frauenarbeit mit niedrigeren Löhnen ist eine zusätzliche Profitquelle und erhöht gleichzeitig den Druck auf die Männerlöhne.

Die steigende Erwerbslosigkeit, von der Frauen überproportional betroffen sind, und die Angst vor Arbeitslosigkeit vergrößern die Abhängigkeit, schaffen zusätzliche Belastung und Unterdrückung.

Frauen aller Altersgruppen sind besonders stark von Armut betroffen und bedroht.

Die zunehmende Flexibilisierung der Arbeit und Arbeitszeitverlängerungen erschweren es Menschen mit Kindern, gleichberechtigt am Arbeitsprozess teilzunehmen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bleibt, trotz vieler Beschlüsse und Debatten, ein Privatproblem der Familien, das heißt meist der Frauen. Diese traditionelle Rollenzuweisung wird immer neu reproduziert. Auch die Tendenz, Reproduktionsarbeit in einen erzwungenen Niedriglohnbereich zu Hause - unter dem Begriff Care-Arbeiten - zu verlagern, trifft in erster Linie Frauen.

Trotz aller Fensterreden und Gleichheitsgerede der Politik bleibt also eine große Kluft. Frauen haben in den vergangenen 105 Jahren vieles durch ihre eigene Kraft verändert - geschenkt wurde ihnen jedoch nie etwas!

Heute geht es oft darum, Er kämpftes zu verteidigen und sich trotzdem den Veränderungen zu stellen, daraus aktuelle Forderungen zu entwickeln. Gefordert sind wir immer, Denn statt Gleichberechtigung und Gleichstellung zu realisieren vernebelt neoliberale Politik. Und mit den Nebelkerzen sind dabei in den letzten Jahren dann doch nur Hartz IV, Altersarmut, Flexibilisierung der Arbeit und immer noch Sexismus herausgekommen. Statt gerechter Löhne und Geld für soziale Aufgaben wird die Verteilung des Reichtums von unten nach oben fortgeführt, gefördert auch durch weibliche Protagonistinnen in der Politik, ich nenne stellvertretend Angela Merkel und Ursula von der Leyen. Alles Grund genug dass Frauen laut bleiben!

Frauen, Geflüchtete, sexuelle Gewalt und dem Rassismus etwas entgegensetzen

Laut bleiben, uns Frauen Gehör verschaffen ist angesagt!

Frauen (und andere Menschen) müssen nicht nur die ökonomischen, sondern jegliche Unterdrückungsverhältnisse überwinden, seien sie ethnisch, religiös oder geschlechtlich begründet.

Wer für die Menschenrechte eintritt, darf nicht mehr die Rechte der Frauen in Frage stellen und sie mit Füßen treten.

Der Handel mit Frauen auf der ganzen Welt als billige Arbeitskräfte, Katalogbräute und Zwangsprostituierte, die sexualisierte Gewalt an Mädchen und Frauen, die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts von Frauen über ihren Körper gehören unter anderen zu den Unterdrückungsmaßnahmen, die gegen die Rechte der Frauen und Menschenrechte verstoßen.

Hinzu kommen viele neue Fragen weltweit vor uns, deren Lösung im Interesse des Überlebens der Menschheit ist. Die ökologischen Probleme, auch die Klimaveränderung, haben Auswirkungen auf das Leben von Frauen. Die Klärung ist für alle Bevölkerungen von großem Interesse.

Im ökonomischen Bereich hat die kapitalistische Globalisierung mehr Frauen als jemals zuvor in einem weltumspannenden Prozess in die Erwerbsarbeit gebracht.

Gleichzeitig wurde die Rolle der Frau in der Arbeitswelt durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Senkung des Lohnniveaus und Verdrängungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt erniedrigt. Den Rationalisierungsprozessen in Westeuropa folgte massenhafter Arbeitsplatzabbau und Verlagerung der Produktion in sogenannte Billiglohnländer. Millionen von ungelernten Frauen schufteten in diesen Ländern in menschenunwürdigen und rechtlosen Arbeitsverhältnissen für einen Hungerlohn.

Mit den Gesetzgebungen der Europäischen Union wiederum verändern sich auch Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Frauen in Ländern der EU. Die seit Jahren betriebene Austeritätspolitik, von der besonders Griechenland, Spanien und Portugal betroffen sind, machen dies deutlich. In diesen Ländern treffen die Arbeitslosigkeit und die Armut Frauen in besonderem Maße. Noch scheint Deutschland die Gewinnerin dieser EU-Politik zu sein - aber ohne unsere Gegenwehr wird die Entwicklung früher oder später auch uns treffen. Anzeichen dafür sind heute schon nicht zu übersehen: Abbau der sozialen Ausgaben, Versuche das Streikrecht zu verändern sind die Vorboten. Zur Solidarität mit den Frauen anderer Länder, aber auch um uns selbst Willen sollten viel mehr grenzübergreifende gemeinsame Forderungen entwickelt werden. Unterschiedliche gesetzliche, historische und teils auch religiöse Einflüsse der verschiedenen Ländern müssen dabei berücksichtigt werden, aber auch überwunden werden.

Die Auswirkungen durch prekäre Arbeitsverhältnisse werden für Frauen durch weiterhin traditionelle Rollenverteilung – unbezahlte Haus- und Kinderarbeit – zusätzlich belastet. Diese Care - (Sorge)Arbeit bildet eine grundlegende Basis um den kapitalistischen Reproduktionsprozess zu sichern und spiegelt gleichzeitig männerrechtliche Herrschaftsstrukturen in den Geschlechterverhältnissen wider. Damit wird bei uns in Deutschland und Europa eingewirkt.

In andere Länder wird der ökologische Raubbau und Krieg exportiert, um weltweit Rohstoffe und Einflusszentren zu sichern. Ob in Jugoslawien, Afghanistan, Iran, Irak, Palästina, Syrien und die Bürgerkriege in Afrika – vor allem Frauen sind Opfer von Kriegen und fester Bestandteil der psychologischen Kriegsführung. Sie stellen einen großen Teil der zivilen Kriegsoffer und werden im Rahmen der psychologischen Kriegsführung vergewaltigt, verschleppt und gedemütigt. Ca. 80 Prozent der 60 Millionen Flüchtlinge weltweit sind Frauen und Kinder. Sie sind Gewalt und sexueller Gewalt ausgesetzt. Weltweit sind rund 2,5 Millionen Menschen von Menschenhandel betroffen. 80% davon sind Frauen. Mit Menschenhandel werden jährlich 27 Milliarden Euro verdient.

Sie fliehen vor Krieg, Hunger und Armut. Und sie fliehen weil sie als Geschlecht verfolgt, misshandelt und verstümmelt werden.

Das feministische Netzwerk der Europäischen Linke FEM stellt im Aufruf zum 8. März 2016 fest: „Der Wohlstand, den wir in Europa genießen, muss umverteilt werden, und zwar auf nationalstaatlicher, europäischer und globaler Ebene, da er auf der Ausbeutung von Menschen und Ressourcen im Rest der Welt beruht.“

Und weiter: „Während Not und Mangel, Hunger und Tod, Krieg und Bürgerkrieg zu den charakteristischen menschlichen Existenzweisen werden, bleiben immer mehr Menschen dem Kampf ums nackte Überleben und dem Kampf gegeneinander überlassen. Dies ist menschlicher Wesen nicht würdig.“ (.....) „Als Frauen wissen wir, dass sexistische Gewalt überall in unserem Leben stattfindet und viele Formen annimmt. Dieses ganze Gewaltssystem – strukturell, körperlich und psychisch – muss in Angriff genommen werden und nicht erst, wenn die Täter als ‚Männer, die einer anderen Kultur angehören‘ identifiziert werden können. Als linke Feministinnen weigern wir uns, von einem rassistischen Diskurs und ebensolcher Politik für ihre Zwecke benutzt zu werden.“

Als Feministinnen der Europäischen Linken fordern wir ein Ende jedweden Waffenhandels und fordern wir eine europäische Außenpolitik der Friedensstiftung und -erhaltung.“
Dem schließe ich mich an!

Gewalt gegen Frauen ist kein Kavaliersdelikt!

Die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht in Köln sind Fakt. Und sie sind auf das Schärfste zu verurteilen!

Gegen 78 Männer aus Marokko, Algerien, Tunesien und Libyen wird ermittelt. Gegen die Mehrzahl wegen Diebstahls, gegen 14 wegen Sexualstraftaten. Neu an den Übergriffen von Köln war der massenhafte Charakter. Die Polizei hat bisher jedoch keine Hinweise auf Verabredungen. Diese wurden von den Medien berichtet, bzw. suggeriert.

Neu ist ebenfalls, dass sich sowohl in Köln, als auch in anderen Städten ca. 600 Frauen wegen sexueller Übergriffe an die Polizei wandten. Nachdem die Vorgänge der Silvesternacht öffentlich wurden

Ulla Jelpke, MDB von DIE LINKE meint dazu: „Selbst wenn die Täter nicht ermittelt werden können, erscheint eine Strafanzeige so zumindest als ein politisches Statement – und zwar in erster Linie gegen sexualisierte Gewalt und nicht gegen Flüchtlinge und Migranten.“ (jungewelt 8.3.16)

Fakt ist, dass sofort nach den Kölner Übergriffen von den Medien, von Pegida, AfD und sogenannten „besorgten Bürgern“ die Schuldigen für sexuelle Gewalt schnell ausgemacht waren: die Migranten, die Flüchtlinge. Die Vorschläge der Regierung zur leichteren Abschiebung und die umgehend aus den Schubladen gezogenen „Sicherheitskonzepte“ können als Bestätigung gewertet werden.

Martin Link, Geschäftsführer beim Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, stellte am 13.1.16 in einer Pressemitteilung fest:

„Wir wenden uns gegen pauschale Stigmatisierung von Flüchtlingen, und gegen die Instrumentalisierung der Opfer im Interesse populistischer Stimmungsmache, bei der sexualisierte Gewalt und Gewalt gegen Frauen nur dann thematisiert wird, wenn die Täter die vermeintlich ‚Anderen‘ sind“

Ebenfalls am 13.1. wirft der Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Paul Mecheril in seiner Neujahrsgastrede der Stadt Bremen die Frage auf (würde Frau so fragen, käme gleich die Schublade „Vorurteil gegen Männer“):

„Warum empören sich ältere weiße und politisch konservative Männer, die jahrelang dagegen gewettert und agiert haben, dass Vergewaltigungen in der Ehe in Deutschland als Straftatbestand anerkannt werden (das ist, wie Sie wissen, in Deutschland nach langem Kampf ja erst 1997 erreicht worden), warum empören sich diese Männer in dieser Intensität und betreiben, ohne dass übrigens im Hinblick auf die Geschehnisse in Köln juristisch beurteilte Sachverhalte bekannt sind, eine gnadenlose Kollektivverurteilung? Warum triumphiert im Netz, wie Heribert Prantl in der SZ vom 11. Januar schreibt, ein Rassismus wie ihn die Bundesrepublik noch nie gesehen hat?“ Danke Paul Mecheril für diese Worte – und auch den anderen Teil der Rede!

Mindestens sein Hinweis auf die Vergewaltigung in der Ehe zeigt einen zumindest fragwürdigen Umgang zu diesem Gewaltproblem.

Vergewaltigung überhaupt ist es laut Gesetz nur dann, wenn das Opfer sich zur Wehr gesetzt hat. Ein NEIN allein ist unzureichend. Auch dies sollten wir wissen: Sexuelle Belästigung an sich gilt lt. Gesetz in diesem Land als Bagatelldelikt.

Sexismus, sexualisierte Übergriffe oder sogar Missbrauch und sexuelle Gewalt kennen sehr viele Mädchen und Frauen aber auch Jungen und Männer – in Kiel, in Syrien und weltweit. In aller Regel werden die Übergriffe durch Männer und genau da begangen, wo sich die Betroffenen sicher fühlen:

In der Familie, dem sozialen Umfeld, am Arbeitsplatz, in der Einrichtung, der Kirche oder im Verein.

Eine Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) 2014 belegt, dass mehr als die Hälfte aller Frauen bereits sexuell belästigt wurde, und ein Drittel sexualisierte und/oder physische Gewalt erlebte. In Deutschland weist die Kriminalstatistik jährlich mehr als 7.300 angezeigte Vergewaltigungen und sexuelle Nötigungen in Deutschland aus, das sind zwanzig jeden Tag. Die Dunkelziffer liegt weitaus höher. (Bundesministerium des Inneren: Polizeiliche Kriminalstatistik 2014, S. 4.)

Das alles soll die Taten von Köln und in anderen Orten in keiner Weise relativieren!
Jeder sexuelle Übergriff muss geahndet werden!
Doch die Zahlen machen deutlich, dass sexuelle Übergriffe nicht mit den Geflüchteten nach Europa gekommen sind.

Die angeblich aufgrund der Kölner Übergriffe vorgenommenen und geplanten Gesetzesänderungen richten sich auch nicht gegen sexuelle Gewalt, sind nicht im Interesse der Frauen.

Eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in unserer Gesellschaft, egal welcher Herkunft, wird weder durch Abschiebung, noch durch Ausgrenzung und Stigmatisierung der Geflüchteten und Migranten durchgesetzt.
Die Rechte der Geflüchteten dürfen nicht ausgespielt werden gegen Frauenrechte – oder umgekehrt.

Wer genau hinsieht, weiß dass auch gegen Flüchtlingsfrauen körperliche und sexuelle Gewalt verübt wird und sie ständig Benachteiligungen erleben.
Sie brauchen unsere Solidarität!

Gemeinsam mit ihnen gilt es sich einzusetzen für ein selbstbestimmtes Leben. Die Resolution des DGB-Bundesfrauenausschuss vom 29. September 2015 „Frauenspezifische Fluchtursachen bewusst machen, weibliche Flüchtlinge unterstützen!“ kann soll eine Anregung sein vor Ort damit zu arbeiten. Auch Terre des Femmes hat einen Forderungskatalog zur Verbesserung der Lebenssituation von geflüchteten Frauen erstellt. Beide Organisationen legen dar, dass diese Frauen eine besondere Schutzbedürftigkeit haben. Gewalt in den Erstaufnahmeeinrichtungen für Geflüchtete wird von Männern verschiedener Herkunft begangen – auch von deutschen Männern, manchmal auch von denen, die als Sicherheitspersonal eingesetzt sind.

Deshalb noch einmal Ulla Jelpke, die feststellt:
„Wenn jetzt Neonazis und rechte Hooligans Bürgerwehren zum Schutze »unserer Frauen« bilden, spricht das für ein Frauenbild, dass nicht allzu weit von dem der Islamisten entfernt ist. Gegenüber solchen »Beschützern« gilt es deutlich zu machen: Frauen sind niemandes Eigentum und auch keine hilflosen Opfer.“

Vor 30 Jahren wurden in Kiel mehrere Frauen vergewaltigt und ermordet. Auf einer Demo forderten wir eine „Ausgangssperre für Männer nach Einbruch der Dunkelheit“. Das war sicher mehr eine Provokation, denn eine Lösung.

Doch der aktuelle Populismus, Generalverdacht gegen Geflüchtete und Migranten, die Instrumentalisierung des Themas durch die politische Rechte, schnell durchgewinkte Gesetze sind ebenfalls keine Lösung.

Was zunächst ein wichtiger und durchzusetzender Ansatz sein kann ist die Akzeptanz von:

Ein NEIN ist ein NEIN! Und zwar von allen! Egal ob Vater, Nachbar, Trainer, Onkel, Verwandter, Fremder, Ehemann oder Freund.

Dem Rassismus begegnen wir, indem wir in Gesprächen mit den geflüchteten Frauen Gemeinsamkeiten suchen und finden, indem wir gemeinsam dann für unsere gemeinsamen Rechte aktiv werden. Heute geht es hier um die Frauenfragen und dies sind ja alle Fragen Krieg und Frieden, soziale Fragen, Freizeit, gegen Rassismus und Nazis – uns sollte jedoch bewusst sein, dass dies auch für die Zusammenarbeit mit Männern gilt. Allerdings mit der Einschränkung, sie erkennen uns als gleichberechtigte Partnerin an, denn sonst müssen wir dort mit der Diskussion ansetzen.

Mit Rosa Luxemburg ende ich meinen Vortrag – werde jedoch im Sinne dieses Zitats meine Aktivitäten gegen Rechts, gegen Rassismus und für eine Welt des Friedens in der gleiche Rechte für alle Menschen auf der Tagesordnung stehen fortführen. Rosa soll gesagt haben:

„Wer Veränderungen will, muss selber damit beginnen. Eine bessere Welt wird uns von niemandem geschenkt.“